

**Apartheid -  
unmenschlich und widerchristlich**

Eine Erklärung der CDU und das KAIROS-Dokument  
südafrikanischer Christen



**Apartheid -  
unmenschlich und widerchristlich**

Eine Erklärung der CDU und das KAIROS-Dokument  
südafrikanischer Christen

1986

---

Herausgegeben vom Sekretariat des Hauptvorstandes  
der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

## Vorbemerkung

Am 20. März 1986 empfing der Vorsitzende der CDU, Gerald Götting, im Hause des Hauptvorstandes der Partei den Leiter der Vertretung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) von Südafrika in der DDR, Anthony le Clerc Mongalo, und den Leiter der Vertretung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) von Namibia in der DDR, Shikwetepo Haindongo. Während der freundschaftlichen Zusammenkunft übergab er ihnen eine Erklärung des Präsidiums des Hauptvorstandes der CDU zu dem von der UNO proklamierten Internationalen Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung, den die Völker der Welt am heutigen Freitag im Gedenken an das vor 25 Jahren vom südafrikanischen Rassistenregime angerichtete Massaker von Sharpeville begehen.

„Mit Bewunderung und Hochachtung verfolgen die Mitglieder der CDU und alle Bürger der DDR den unbeugsamen Kampf Ihrer Organisationen für ein von Rassendiskriminierung befreites Südafrika und für ein freies Namibia“, erklärte Gerald Götting bei der Übergabe des Präsidiumsbeschlusses. Er bekräftigte die unverbrüchliche Solidarität der christlichen Demokraten mit allen Kämpfenden und Leidenden im Süden Afrikas und würdigte den Anteil von Christen an der nationalen Befreiungsbewegung in Südafrika und Namibia.

Anthony Mongalo und Shikwetepo Haindongo dankten herzlich für die ihnen überreichte Erklärung. Sie gaben ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß die DDR und ihre Bürger, so auch die christlichen Demokraten, aktiv an der Seite der um ihre Befreiung ringenden Völker stehen. Die tätige Solidarität der DDR und der anderen sozialistischen Staaten helfe den Apartheidgegnern im Süden Afrikas in ihrem täglichen opfervollen Kampf gegen das Rassistenregime und bestärke sie in ihrer Zuversicht, daß die Tage seiner Gewaltherrschaft gezählt sind.

## Gegen die Apartheid

### *Erklärung des Präsidiums des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung*

Wir christlichen Demokraten in der Deutschen Demokratischen Republik wissen uns mit allen Kämpfern gegen den Rassismus eng verbunden. In fester Solidarität stehen wir an der Seite der Gegner des südafrikanischen Rassistenregimes, die um gleiche Rechte für alle Bewohner der SAR ringen und das Ende des Apartheidsystems fordern.

Rassentrennung verstößt gegen Menschen- und Völkerrecht und ist unvereinbar mit christlicher Ethik. Apartheid ist eines der verwerflichsten Überbleibsel des imperialistischen Kolonialsystems. Kampf gegen die Rassistenpolitik in Südafrika und Namibia ist Kampf für nationale Freiheit und Selbstbestimmung, für elementare demokratische und soziale Grundrechte, für den Frieden im Süden Afrikas.

Im Widerstand gegen die Gewaltherrschaft des Minderheitsregimes von Pretoria erstarkt die Aktionseinheit der südafrikanischen Apartheidgegner über alle Unterschiede der Hautfarbe und der politischen Ansichten, der Weltanschauung oder konfessionellen Zugehörigkeit hinweg. Das ist eine der ermutigendsten Erfahrungen aus ihren schweren Kämpfen gegen den unmenschlichen Polizeiterror während des Ausnahmezustands in den vergangenen Monaten und gegen die weiter anhaltenden Repressalien. In diesen erbitterten Auseinandersetzungen bestätigt sich immer aufs neue:

- Das Apartheidsystem kann man nicht reformieren — es muß beseitigt werden!
- Mit den Machthabern in Pretoria kann man keine „konstruktive Partnerschaft“ eingehen — ihnen muß die Macht aus der Hand genommen werden!

Das verlangt die gesamte friedliebende Weltöffentlichkeit. Davon zeugen ebenfalls die Äußerungen des Ökumenischen Rates der Kirchen, der konfessionellen Weltbünde, der Kirchen in vielen Ländern — auch in unserer Republik —, die das Antirassismus-Programm des Weltkirchenrates aktiv unterstützen. Erst unlängst haben sich Kirchenführer aus aller Welt auf ihrer „Notstandskonferenz“ in Harare für einen sofortigen umfassenden Wirtschaftsboykott und weitere Sanktionen gegen den Apartheidstaat eingesetzt. Auch der Vatikan hat mehrfach mit Entschiedenheit gegen den Rassismus Stellung genommen.

Wir christlichen Demokraten sehen mit Genugtuung, daß namhafte Repräsentanten der Kirchen in Südafrika mit an der Spitze des Widerstandes gegen die Politik der Apartheid stehen. Christliche Persönlichkeiten wie der Präsident des Reformierten Weltbundes, Pastor Dr. Allan Boesak, oder der Präsident des Südafrikanischen Kirchenrates, Friedensnobelpreisträger Bischof Dr. Desmond Tutu, und der Generalsekretär dieses Gremiums, Dr. Christian Frederick Beyers Naudé, wurden ebenso wie leitende Männer der katholischen Kirche zu Symbolgestalten des Volkskampfes gegen rassistische Unterdrückung. Die meisten Kirchen in Südafrika haben in ihrer „Kairos-Erklärung“ im September 1985 dazu aufgerufen, auf einen Regierungswechsel hinzuwirken.

Wir fordern Freiheit für Nelson Mandela und seine Mitstreiter, Freiheit für den ANC, der die Interessen der südafrikanischen Bevölkerungsmehrheit verkörpert. Wir sind für weltweite und verbindliche Sanktionen gegen den südafrikanischen Rassistenstaat, die seine Sympathisanten in anderen kapitalistischen Ländern wirksam daran hindern, weiterhin politisch, ökonomisch oder militärisch mit ihm zu kollaborieren. Wir unterstützen tatkräftig die internationale Bewegung der Solidarität mit den Vorkämpfern des südafrikanischen Volkes und seiner Lebensrechte.

Wir christlichen Demokraten sind Mitgestalter der sozialistischen DDR, auf deren Boden der Rassismus in allen seinen Formen und mit seinen sozialökonomischen Wurzeln beseitigt ist. Indem wir unsere Republik, einen Staat des Friedens und der Völkerfreundschaft, allseitig stärken, tragen wir dazu bei, daß Rassismus und Apartheid für immer aus der Welt verbannt werden.

# DAS KAIROS-DOKUMENT

## Herausforderung der Kirchen

Ein theologischer Kommentar zur politischen Krise  
in Südafrika (25. September 1985)

### VORWORT

Das Kairos-Dokument ist ein christlicher, biblischer und theologischer Kommentar zur politischen Krise im heutigen Südafrika. Es ist ein Versuch besorgter Christen in Südafrika, über die vom Tod gezeichnete Lage in unserem Land nachzudenken. Es ist eine kritische Beurteilung der gegenwärtigen theologischen Modelle, die festlegen, in welchen Aktivitäten sich die Kirche engagiert, um die Probleme des Landes zu lösen. Es ist ein Versuch, aus dieser verworrenen Situation heraus ein alternatives biblisches und theologisches Modell zu entwickeln, das seinerseits zu Aktivitäten führen wird, welche die Zukunft unseres Landes nachhaltig und richtungsweisend beeinflussen können.

Wie dieses theologische Material zusammengetragen wurde, dürfte von besonderem Interesse sein. Als sich im Juni 1985 die Krise im ganzen Land zuspitzte, als immer mehr Menschen getötet, verstümmelt und ins Gefängnis geworfen wurden, als eine schwarze Township nach der anderen sich gegen das Apartheidregime auflehnte, als sich die Menschen – täglich den Tod vor Augen – gegen die Unterdrückung wehrten und sich weigerten, mit den Unterdrückern zu kooperieren, und als die Armee der Apartheid in die Townships einrückte, um mit Gewehren ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten, trafen sich über die Situation besorgte Theologen mit dem dringenden Bedürfnis, sich nachhaltig mit der Lage zu befassen und darüber nachzudenken, welches die richtige und angemessene Reaktion der Kirche und aller Christen in Südafrika sein müßte.

Eine erste Diskussionsgruppe traf sich Anfang Juli mitten in Soweto. Die Teilnehmer sprachen sich offen über die Lage und die verschiedenen Reaktionen der Kirche, der Kirchenführer und der Christen überhaupt aus. Es erfolgte eine kritische Überprüfung dieser Reaktionen; ebenso wurde die Theologie, die diesen Reaktionen zugrunde lag, einer kritischen Analyse unterzogen. Einzelne aus der Gruppe wurden beauftragt, Material zu besonderen Themen, die während der Diskussion aufkamen, zu sammeln und dieses bei der nächsten Sitzung der Gruppe vorzulegen.

Bei der zweiten Sitzung wurde dieses Material wiederum kritisch durchgesehen, und verschiedene Personen wurden beauftragt, besonders problematische Bereiche noch weiter zu untersuchen. Die vorgelegten Untersuchungsergebnisse wurden mit dem übrigen Material zusammengestellt und in der dritten Sitzung beraten, bei der mehr als 30 Theologen, Laientheologen und einige Kirchenführer anwesend waren.

Nach sehr ausführlicher Diskussion wurde einiges berichtigt und hinzugefügt, besonders in dem Abschnitt „Herausforderung zum Handeln“. Dann berief die Gruppe einen Ausschuß, der den Auftrag erhielt, das Dokument weiteren christlichen Gruppierungen im ganzen Land zur Beurteilung vorzulegen. Allen wurde deutlich gemacht, daß dies „ein vom Kirchenvolk verfaßtes Dokument sei, das sich jeder zu eigen machen könne, selbst wenn er es kritisch zerpfücke – vorausgesetzt, sein Standpunkt könne dem Test biblischen Glaubens und christlicher Erfahrung in Südafrika standhalten“. Außerdem wurde gesagt, dies sei ein Dokument mit offenem Ende, das niemals endgültig genannt werden dürfe.

Der „Arbeitsausschuß“, wie man ihn nannte, wurde von den verschiedensten Gruppierungen und Einzelpersonen überall im Lande mit Kommentaren, Vorschlägen und begeisterter Zustimmung überflutet. Noch am 13. September 1985, als das Dokument zur Veröffentlichung freigegeben wurde, kamen ständig neue Anregungen und Empfehlungen hinzu. Diese erste Veröffentlichung muß demnach als ein erster Schritt gewertet werden, als Grundlage für alle Christen im Land zur weiteren Diskussion. Weitere Ausgaben werden zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht werden.

## KAPITEL EINS: DIE STUNDE DER WAHRHEIT

Die Zeit ist gekommen, die Stunde der Wahrheit ist da. Südafrika ist in eine Krise gestürzt, die seine Fundamente erschüttert. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß diese Krise eben erst begonnen hat, daß sie sich vertiefen und in den kommenden Monaten noch bedrohlichere Ausmaße annehmen wird. Es ist dies KAIROS oder die Stunde der Wahrheit, nicht nur für die Apartheid, sondern auch für die Kirche.

Als Theologen haben wir versucht, die theologische Bedeutung dieses in der Tat sehr ernststen Augenblicks unserer Geschichte zu verstehen. Für sehr viele Christen in Südafrika ist dies der KAIROS, die Stunde der Gnade und der Möglichkeiten, die angenehme Zeit, in der Gott uns zu entschiedenem Handeln herausfordert. Es ist ein gefährlicher Augenblick,

denn wird diese Chance verpaßt und nehmen wir sie nicht wahr, wird der Verlust für die Kirche, für das Evangelium und für alle Menschen Südafrikas unermeßlich sein. Jesus weinte über Jerusalem. Er weinte, weil die Zerstörung der Stadt und das große Sterben ihrer Bewohner unmittelbar bevorstand, „darum, daß du nicht erkannt hast die Zeit, darin du heimgesucht bist“ (Luk. 19, 44).

Eine Krise ist ein Urteilsspruch, der einige zum Besten und andere zum Schlimmsten anspornt. Eine Krise ist die Stunde der Wahrheit, in der deutlich wird, wer wir wirklich sind. Da gibt es kein Verstecken mehr und keine Möglichkeit vorzutäuschen, was wir nicht sind. Diese entscheidende Zeit in Südafrika wird offenbar machen, was die Kirche in Wirklichkeit ist, und kein Vertuschen wird mehr möglich sein.

Obwohl es vielen von uns schon immer deutlich war, zeigt die gegenwärtige Krise, daß die Kirche gespalten ist. Immer mehr Menschen geben heute zu, daß es in der Tat zwei Kirchen in Südafrika gibt – eine Weiße Kirche und eine Schwarze Kirche. Selbst innerhalb derselben Denomination gibt es in Wirklichkeit zwei Kirchen. In dem Konflikt auf Leben und Tod zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Kräften, der heute in Südafrika einen Höhepunkt erreicht, stehen Christen (oder jedenfalls Menschen, die sich Christen nennen) auf beiden Seiten des Konfliktes; andere versuchen, ihren Platz zwischen den Fronten zu bewahren.

Beweist dies, daß der christliche Glaube bedeutungslos und nicht relevant für unsere Zeit ist? Zeigt dies, daß man die Bibel jedem Zweck dienlich machen kann? – Derlei Probleme wären für die Kirche unter beliebigen Umständen gefährlich genug. Doch zieht man in Betracht, daß sich der Konflikt in Südafrika zwischen Unterdrückern und Unterdrückten abspielt, dann verschärft sich die Krise für die Kirche als Institution um noch vieles mehr. Sowohl Unterdrücker als auch Unterdrückte erheben den Anspruch, zur selben Kirche zu gehören. Beide sind mit derselben Taufe getauft und brechen dasselbe Brot, haben Anteil am selben Leib und Blut Jesu Christi. Während wir in ein und derselben Kirche sitzen, werden draußen christliche Kinder von christlichen Polizisten geschlagen und umgebracht; christliche Gefangene werden zu Tode gefoltert, während wieder andere Christen dabeistehen und kraftlos zum Frieden aufrufen.

Die Kirche ist gespalten, und der Tag des Gerichts ist für sie angebrochen.

Die Stunde der Wahrheit hat uns gezwungen, die unterschiedlichen Theologien unserer Kirche sorgfältiger zu analysieren und klarer und kühner über die tatsächliche Bedeu-

tung dieser Theologien zu sprechen. Wir unterscheiden drei Theologien, die wir als „Staatstheologie“, „Kirchentheologie“ und „Prophetische Theologie“ klassifiziert haben. In unserer durchgängigen Kritik der beiden ersteren Theologien wollen wir kein Blatt vor den Mund nehmen; dafür ist die Lage zu ernst.

## KAPITEL ZWEI: KRITIK DER STAATSTHEOLOGIE

Der Apartheidstaat Südafrika hat seine eigene Theologie, und wir haben uns dafür entschieden, sie „Staatstheologie“ zu nennen. Die „Staatstheologie“ ist ganz einfach die theologische Rechtfertigung des status quo, der Rassismus, Kapitalismus und Totalitarismus in sich vereint. Sie segnet die Ungerechtigkeit, macht den Willen der Machthaber zur alleinigen Richtschnur und verurteilt die Armen zu Passivität, Gehorsam und Apathie.

Auf welche Weise geht die „Staatstheologie“ vor? Sie mißbraucht theologische Konzepte und biblische Texte für ihre eigenen politischen Ziele. In diesem Dokument möchten wir auf vier Schlüsselbeispiele dieser Praxis in Südafrika aufmerksam machen. Das erste ist der Gebrauch von Römer 13, 1–7, womit dem Staat absolute und „göttliche“ Autorität zugestanden werden soll. Das zweite ist der Gebrauch des Begriffs „Recht und Ordnung“ (Law and Order), mit Hilfe dessen festgelegt und kontrolliert wird, was das Volk als gerecht bzw. ungerecht ansehen darf. Das dritte Beispiel ist der Gebrauch des Wortes „Kommunist“, um jeden zu brandmarken, der sich gegen die „Staatstheologie“ ausspricht; und schließlich ist die Art und Weise zu nennen, wie mit dem Namen Gottes umgegangen wird.

### 2.1 Römer 13, 1–7

Der Mißbrauch dieses berühmten Textes beschränkt sich keineswegs nur auf die gegenwärtige Regierung Südafrikas. Im Laufe der Geschichte der Christenheit haben schon immer totalitäre Regime versucht, unter Berufung auf diesen Text blinden Gehorsam und absolute Unterwürfigkeit gegenüber dem Staat zu legitimieren. Der bekannte Theologe Oscar Cullmann wies vor dreißig Jahren darauf hin: Sobald Christen aus Gehorsam gegenüber dem Evangelium Jesu dem totalitären Anspruch eines Staates Widerstand leisten, pflegen die Vertreter des Staates oder ihre theologischen Berater und Kollaborateure sich auf diesen Ausspruch von Paulus zu berufen, als sei den Christen hier empfohlen, alle Verbrechen eines totalitären Staates zu billigen und ihnen Vorschub zu

leisten. (Übers. aus „The State in the New Testament“, SCM 1957, S. 56)

Doch wie ist dann Römer 13, 1–7 zu verstehen, und warum ist der Gebrauch dieser Aussage seitens der „Staatstheologie“ von einem biblischen Standpunkt aus gesehen nicht zu rechtfertigen?

Die „Staatstheologie“ geht davon aus, daß Paulus in diesem Text uns die absolute und endgültige christliche Doktrin über den Staat vorlegt, mit anderen Worten: ein absolutes und allgemein geltendes Prinzip, das zu allen Zeiten und unter allen Umständen von gleichbleibender Gültigkeit sei. Viele Bibelwissenschaftler haben nachgewiesen, daß diese Annahme falsch ist (z. B. E. Käsemann u. O. Cullmann).

Hier wurde eines der grundlegendsten Prinzipien der Bibelauslegung übersehen: Jeder Text muß in seinem Kontext ausgelegt werden. Einen Text aus seinem Kontext herauszulösen und ihn im Abstrakten auszulegen heißt, die Bedeutung von Gottes Wort zu verzerren. Unter Kontext sind hier nicht nur die vorausgehenden oder nachstehenden Verse und Kapitel eines Textes zu verstehen, noch begrenzt er sich auf die ganze Bibel überhaupt. Der Kontext berücksichtigt auch die Umstände, unter denen Paulus diese Aussage gemacht hat. Der Brief des Paulus war an eine ganz bestimmte christliche Gemeinde in Rom gerichtet, die zu jener Zeit und unter den damaligen Umständen ihre eigenen und spezifischen Probleme in ihrer Beziehung zum Staat hatte. Dies alles gehört zum Kontext dieser Aussage.

Viele Autoren haben darauf hingewiesen, daß Gott nirgendwo sonst in der Bibel Gehorsam gegenüber unterdrückerischen Herrschern verlangt. Genügend Beispiele können angeführt werden, von den Pharaonen bis Pilatus und weiter bis in die Zeiten der Apostel. Die Juden und später die Christen glaubten nicht daran, daß ihre mächtigen Beherrscher, die Ägypter, Babylonier, Griechen oder Römer, irgendein von Gott gegebenes Recht hatten, über sie zu herrschen und sie zu unterdrücken. Diese Reiche waren die im Buch Daniel und in der Offenbarung beschriebenen Tiere. Gott ließ es zu, daß sie eine gewisse Zeit herrschten, doch er billigte ihr Tun nicht. Es war nicht Gottes Wille. Sein Wille war die Freiheit und Befreiung Israels. Römer 13, 1–7 kann nicht im Widerspruch zu all dem stehen.

Doch am aufschlußreichsten sind die Umstände, unter denen die römischen Christen lebten, als Paulus ihnen schrieb. Sie waren keineswegs Revolutionäre. Sie versuchten nicht, den Staat zu stürzen. Sie forderten keinen Regierungswechsel. Man hat sie als „Antinomisten“ oder als „Schwärmer“

bezeichnet, denn sie glaubten, daß Christen als einzige von der Pflicht entbunden seien, einem Staat, einer Regierung oder jedweder politischen Autorität zu gehorchen, weil allein Jesus Christus ihr Herr und König sei. Das ist natürlich häretisch, und Paulus fühlte sich verpflichtet, diese Christen darauf hinzuweisen, daß es vor der Wiederkunft Christi stets irgendeine Staatsgewalt oder weltliche Regierung geben würde und daß Christen nicht von der Pflicht entbunden seien, sich politischer Obrigkeit unterzuordnen.

Paulus spricht weder die Frage einer gerechten bzw. ungeordneten Staatsordnung an noch die Notwendigkeit, eine Regierung gegen eine andere auszuwechseln. Er stellt nur klar, daß es immer eine Art weltlicher Autorität geben wird und daß Christen als solche nicht von der Pflicht entbunden sind, sich weltlichen Gesetzen und Obrigkeiten unterzuordnen. Er sagt nichts darüber, wie Christen sich verhalten sollen, wenn der Staat keine Gerechtigkeit walten läßt und Unterdrückung praktiziert. Das ist eine andere Frage.

Infolgedessen erweisen jene Paulus einen schlechten Dienst, die auf die sehr andersartigen Fragen und Probleme unserer Zeit in Römer 13, 1–7 Antworten zu finden suchen. Der Gebrauch, den die „Staatstheologie“ von diesem Text macht, sagt mehr über die politischen Ziele derer aus, die diese Theologie konstruiert haben, als über die Bedeutung von Gottes Wort in diesem Text. Ein Bibelwissenschaftler hat es folgendermaßen ausgedrückt: „Wichtigstes Anliegen ist es, die Interessen des Staates zu rechtfertigen, und der Text wird ohne Rücksichtnahme auf den Kontext und die Intentionen des Paulus in den Dienst des Staates gezwungen.“

Wenn wir in einer Situation, in welcher der Staat, der nach Römer 13, 6 „Gottes Diener“ sein soll, diese Berufung verrät und statt dessen im Dienst des Satans steht, nach richtungweisender Führung in der Bibel suchen, können wir das 13. Kapitel der Offenbarung studieren. Hier wird der römische Staat zum Diener des Drachen (des Teufels) und nimmt die Gestalt eines schrecklichen Untiers an. Seine Tage sind gezählt, denn Gott wird es nicht zulassen, daß sein ungetreuer Knecht für immer regiert.

## 2.2 Gesetz und Ordnung

Der Staat bedient sich des Begriffs von „Gesetz und Ordnung“ (Law and Order), um den status quo, den er als normal bezeichnet, aufrechtzuerhalten. Doch dieses Gesetz bedeutet die ungerechten und diskriminierenden Apartheidgesetze und diese Ordnung die organisierte und institutionalisierte Unterdrückung der Unterdrückung. Jedem, der dieses Gesetz und

diese Ordnung verändern will, wird bedeutet, er sei gesetzlos und füge sich nicht der Ordnung. Anders gesagt: Man vermittelt ihm das Gefühl, er habe sich einer Sünde schuldig gemacht.

In der Tat ist es Pflicht des Staates, Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten, doch er hat keinen göttlichen Auftrag, irgendein beliebiges Gesetz oder eine beliebige Ordnung aufrechtzuerhalten. Eine Sache wird nicht moralisch und gerecht, nur weil der Staat sie zum Gesetz erklärt hat; und die Organisation einer Gesellschaft stellt keine gerechte und rechtmäßige Ordnung dar, nur weil sie vom Staat eingesetzt wurde. Wir dürfen nicht irgendein beliebiges Gesetz und eine beliebige Ordnung akzeptieren. Das Anliegen der Christen ist die Schaffung eines gerechten Gesetzes und einer rechtmäßigen Ordnung in unserem Land.

In der gegenwärtigen Krise und insbesondere während des Ausnahmezustandes hat die „Staatstheologie“ versucht, den status quo der geordneten Diskriminierung, Ausbeutung und Unterdrückung durch einen Appell an das Gewissen der Bürger im Namen von Gesetz und Ordnung wiederherzustellen. Sie versucht, jenen, die dieses Gesetz und diese Ordnung ablehnen, das Gefühl zu geben, sie seien gottlos. Der Staat reißt hier nicht nur das Recht der Kirche an sich, über Recht und Gerechtigkeit in unserer Lage zu urteilen, er geht sogar noch weiter und fordert von uns im Namen von Gesetz und Ordnung einen Gehorsam, der allein Gott gebührt. Der südafrikanische Staat anerkennt keine höhere Autorität über sich, und deshalb wird er nicht zulassen, daß man in Frage stellt, was er als „Gesetz und Ordnung“ festgelegt hat. Dennoch gibt es heute Millionen von Christen in Südafrika, die mit Petrus sagen: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.“

## 2.3 Die Drohung mit dem Kommunismus

Wir alle wissen, wie der südafrikanische Staat von dem Etikett „Kommunist“ Gebrauch macht. Alles, was den status quo bedroht, wird als „kommunistisch“ bezeichnet. Jeder, der sich dem Staat widersetzt, und insbesondere jeder, der seine Theologie ablehnt, wird ganz einfach als „Kommunist“ abgetan. Von dem, was Kommunismus wirklich bedeutet, wird keinerlei Notiz genommen. Kein Gedanke wird darauf verwandt, warum sich in der Tat Menschen für den Kommunismus oder irgendeine Form des Sozialismus entscheiden. Selbst Menschen, die keineswegs den Kapitalismus ablehnen, werden als „Kommunisten“ bezeichnet, sobald sie die „Staatstheologie“ ablehnen. Der Staat benutzt das Etikett „Kommunist“ unkritisch und unreflektiert als sein Symbol für Böses.

Wie jede andere Theologie muß auch die „Staatstheologie“ ihr eigenes konkretes Symbol für das Böse haben. Sie muß ihre eigene Version der Hölle haben. Und so hat sie die Legende vom Kommunismus erfunden – oder vielmehr übernommen: Alles Böse ist kommunistisch, und alle kommunistischen oder sozialistischen Ideen sind atheistisch und gottlos. Drohungen mit dem Fegefeuer und ewiger Verdammnis werden durch drohende Warnungen vor dem „Schrecken eines tyrannischen, totalitären, atheistischen und terroristischen kommunistischen Regimes“ – einer Art Hölle auf Erden – ersetzt. Es ist ein sehr zweckdienliches Mittel, Menschen so sehr Furcht einzujagen, daß sie bereit werden, von seiten einer kapitalistischen Minderheit jede Art von Herrschaft und Ausbeutung zu akzeptieren.

Der südafrikanische Staat hat seine eigene häretische Theologie, und nach den Kriterien dieser Theologie werden Millionen von Christen in Südafrika (ganz zu schweigen vom Rest der Welt) als „Atheisten“ eingestuft. Es ist bedeutsam, daß in früheren Zeiten, als die Christen die Götter des Römischen Reiches ablehnten, sie vom Staat als „Atheisten“ gebrandmarkt wurden.

#### 2.4 Der Gott des Staates

Als Mittel zur Unterdrückung des Volkes benutzt der Staat immer und immer wieder den Namen Gottes. Militärpfarrer benutzen ihn, um den südafrikanischen Streitkräften Mut zuzusprechen, und Kabinettsminister benutzen ihn in ihren Propagandareden. Doch am bezeichnendsten ist vielleicht der gotteslästerliche Mißbrauch von Gottes heiligem Namen, der sich in der Präambel zu der neuen Apartheidverfassung findet: „In demütiger Unterwerfung unter den Allmächtigen Gott, der die Geschicke der Nationen und die Geschichte der Völker lenkt, der unsere Vorväter aus vielen Ländern zusammgeführt und ihnen dieses Land zu eigen gegeben hat, der sie geführt hat von Generation zu Generation, der sie auf wunderbare Weise aus den Gefahren, die sie bedrohten, errettet hat ...“.

Dieser Gott ist ein Götze. Er ist ebenso arglistig, unheilvoll und böse wie irgendeiner der Götter, mit denen sich die Propheten Israels auseinanderzusetzen hatten. Hier haben wir es mit einem Gott zu tun, der im Verlauf der Geschichte immer auf seiten der weißen Siedler war, der die schwarzen Menschen ihres Landes beraubt und der den größten Teil des Landes seinem „auserwählten Volk“ zuspricht. Es ist der Gott der überlegenen Waffen, der jene besiegte, die mit nichts als Speeren bewaffnet waren. Es ist der Gott

der „casspirs“ und „hippos“\*, der Gott von Tränengas, Gummigeschossen, Nilpferdpeitschen, Gefängniszellen und Todesurteilen.

Hier ist ein Gott, der die Hoffärtigen erhebt und die Armen erniedrigt – das genaue Gegenteil vom Gott der Bibel; er „zerstreut, die hoffärtig sind in ihres Herzens Sinn, er stößt die Gewaltigen vom Thron und erhebt die Niedrigen“ (Luk. 1, 51–52). Das Gegenteil vom Gott der Bibel ist aus theologischer Sicht der Teufel, der Satan. Der Gott des südafrikanischen Staates ist nicht nur ein Götze oder falscher Gott, es ist der Teufel in der Maske des allmächtigen Gottes – der Antichrist.

Für Christen wird dieses Regime der Unterdrückung stets besonders verabscheuungswürdig sein, eben deswegen, weil es das Christentum benutzt, um sein vom Bösen bestimmtes Handeln zu rechtfertigen. Als Christen können und dürfen wir diesen lästerlichen Gebrauch vom Namen Gottes und seinem Wort nicht tolerieren. Die „Staatstheologie“ ist nicht nur häretisch, sie ist blasphemisch. Christen, die versuchen, dem Gott der Bibel treu zu bleiben, sind entsetzt darüber, daß es Kirchen wie die weiße „Holländisch Reformierte Kirche“ und andere christliche Gruppen gibt, die sich tatsächlich dieser häretischen Theologie verschrieben haben. Die „Staatstheologie“ braucht ihre eigenen Propheten und findet sie in den Reihen derer, die sich in einigen unserer Kirchen als Verkünder von Gottes Wort bezeichnen. Für Christen ist es besonders tragisch, mit anzusehen, wie viele Menschen sich von diesen falschen Propheten und ihrer häretischen Theologie verwirren und zum Narren halten lassen.

### KAPITEL DREI: KRITIK DER „KIRCHENTHEOLOGIE“

Wir haben die Erklärungen analysiert, die von Zeit zu Zeit von den sogenannten „englischsprechenden“ Kirchen abgegeben werden. Wir haben gelesen, was Kirchenführer in ihren Reden und Presseerklärungen zum Apartheidregime und zur gegenwärtigen Krise zu sagen pflegen. In all diesen Verlautbarungen sind wir auf eine Reihe im Zusammenhang stehender theologischer Auffassungen gestoßen. Wir haben uns entschlossen, diese Auffassungen „Kirchentheologie“ zu nennen.

Wir sind uns sehr wohl-bewußt, daß diese Theologie nicht

\* „casspirs“ und „hippos“ sind gepanzerte Militärfahrzeuge zum Einsatz in den Townships. Vom Turm der „casspirs“ wird Tränengas verschossen. (Anm. d. Übers.)

dem Glauben der Mehrheit der Christen Südafrikas entspricht, die den größeren Teil der meisten unserer Kirchen ausmacht. Wie dem auch sei, die von den Kirchenführern geäußerten Ansichten werden in den Medien und allgemein in unserer Gesellschaft als die offizielle Meinung der Kirchen verstanden. Deshalb haben wir uns dafür entschieden, diese Ansichten „Kirchentheologie“ zu nennen. Die heutige Krise jedoch fordert uns dazu heraus, diese Theologie und ihre vorausgesetzten Annahmen in Frage zu stellen, ebenso ihre Implikationen und ihre praktische Durchführbarkeit.

Diese Theologie übt begrenzte, zurückhaltende und vorsichtige Kritik an der Apartheid. Ihre Kritik ist jedoch oberflächlich und bewirkt das Gegenteil. Denn anstatt eine tiefgreifende Analyse der Zeichen unserer Zeit vorzunehmen, verläßt sie sich auf einige wenige, aus dem Vorrat christlicher Tradition entnommene Begriffe und wendet diese wiederholt und unkritisch auf unsere Situation an. Begriffe, die von Kirchenführern benutzt werden und die wir an dieser Stelle untersuchen wollen, sind: Versöhnung (oder Frieden), Gerechtigkeit und Gewaltlosigkeit.

### 3.1 Versöhnung

Für die „Kirchentheologie“ gilt „Versöhnung“ als Schlüssel zur Problemlösung. Sie spricht von der Notwendigkeit der Versöhnung zwischen Weiß und Schwarz bzw. zwischen allen Südafrikanern. Die „Kirchentheologie“ pflegt den christlichen Standpunkt oft folgendermaßen zu beschreiben: „Wir müssen fair sein. Wir müssen beide Seiten hören. Wenn sich beide Seiten nur zu Gesprächen zusammensetzen und miteinander verhandeln würden, dann wird man Differenzen und Mißverständnisse ausräumen und den Konflikt beilegen.“ – Das mag sich nach außen hin sehr christlich anhören, doch ist es das in Wirklichkeit?

Der Trugschluß hierbei liegt in der Tatsache, daß „Versöhnung“ zu einem absoluten Prinzip gemacht worden ist, das in allen Konfliktfällen und bei jeder Meinungsverschiedenheit angewandt werden muß. Doch nicht alle Konfliktfälle gleichen sich. Man stelle sich einen privaten Streitfall zwischen zwei Personen oder Gruppen vor, der aus Mißverständnissen entstanden ist. In einem solchen Fall ist es angemessen, Gespräche und Verhandlungen zu führen, um die Mißverständnisse auszuräumen und die beiden Seiten miteinander zu versöhnen.

Doch gibt es auch andere Konflikte, in denen die eine Seite recht hat und die andere im Unrecht ist. Es gibt Konflikte, in denen die eine Seite ein voll bewaffneter und gewaltsam

vorgehender Unterdrücker ist, während die andere Seite wehrlos der Unterdrückung ausgesetzt ist. Es gibt Konflikte, die nur als Kampf zwischen Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, zwischen Gut und Böse, zwischen Gott und dem Teufel bezeichnet werden können.

Diese beiden Seiten versöhnen zu wollen ist nicht nur eine falsch verstandene Anwendung des christlichen Begriffs der Versöhnung, sondern ein völliger Verrat an dem, was der christliche Glaube überhaupt bedeutet. Nirgendwo in der Bibel oder in der christlichen Tradition ist jemals der Gedanke aufgetaucht, daß wir eine Versöhnung erreichen sollten zwischen Gut und Böse, zwischen Gott und dem Teufel. Es ist uns aufgetragen, das Böse, die Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Sünde zu überwinden – nicht uns damit zu arrangieren. Wir müssen dem Teufel Widerstand leisten, ihm die Stirn bieten und ihn von uns weisen, nicht aber versuchen, uns mit ihm an einen Tisch zu setzen.

In unserer heutigen Lage in Südafrika wäre es ganz und gar unchristlich, um Versöhnung und Frieden zu bitten, ehe nicht die bestehenden Ungerechtigkeiten beseitigt sind. Jede derartige Bitte spielt in die Hand der Unterdrücker, weil sie versucht, uns als Unterdrückte dazu zu bewegen, die Unterdrückung zu bejahen und uns mit den unerträglichen Verbrechen, die gegen uns begangen werden, auszusöhnen. Dies ist nicht christliche Versöhnung, es ist Sünde. Diese Einstellung würde uns auffordern, Komplizen unserer eigenen Unterdrückung, Diener des Teufels zu werden. Ohne Gerechtigkeit ist in Südafrika keine Versöhnung möglich.

Dies bedeutet in der Praxis, daß ohne Buße weder Versöhnung noch Vergebung noch Verhandlungen möglich sind. Die biblische Lehre von Versöhnung und Vergebung stellt eindeutig klar, daß nur derjenige Vergebung empfangen und mit Gott versöhnt sein kann, der wegen seiner Sünden Buße tut. Ebenso wenig wird von uns erwartet, dem unbußfertigen Sünder zu vergeben. Wenn er Buße tut, müssen wir bereit sein, ihm siebenmal siebzimal zu vergeben; doch ehe dies geschieht, müssen wir denen, die sich an uns versündigen, Buße predigen.

Versöhnen, vergeben und verhandeln wird erst dann in Südafrika unsere Pflicht als Christen sein, wenn das Apartheidregime Anzeichen echter Buße zeigt. Die kürzlich von P. W. Botha in Durban gehaltene Rede, die fortgesetzten militärischen Repressionen gegen die Bevölkerung in den Townships und die Festnahme aller Regierungsgegner sind eindeutiger Beweis für das Fehlen jeglicher Bußfertigkeit auf seiten des gegenwärtigen Regimes.

Nichts wünschen wir mehr als wahre Versöhnung und echten Frieden – den Frieden, den Gott gibt, und nicht den Frieden, den die Welt gibt (Joh. 14, 27). Der Frieden, den Gott gibt, steht auf der Grundlage von Wahrheit, Buße, Gerechtigkeit und Liebe. Der Frieden, den die Welt uns anbietet, ist etwas, was die Wahrheit kompromittiert, Ungerechtigkeit und Unterdrückung vertuscht und allein von selbstsüchtigem Eigeninteresse motiviert ist. Wie Jesus es getan hat, so müssen auch wir jetzt diesen falschen Frieden entlarven, unseren Unterdrückern entgegenzutreten und Zwietracht säen. Als Christen müssen wir mit Jesus sagen: „Meint ihr, daß ich gekommen bin, Frieden zu bringen auf Erden? Ich sage: Nein, sondern Zwietracht“ (Luk. 12, 51). Ohne Gerechtigkeit und Buße kann es keinen echten Frieden geben.

Es wäre falsch, „Frieden“ und „Einheit“ um jeden Preis erhalten zu wollen, bis hin zu dem Preis von Wahrheit und Gerechtigkeit – und noch schlimmer: um den Preis von Tausenden junger Menschenleben. Als Jünger Jesu sollten wir uns vielmehr um jeden Preis für Wahrheit und Gerechtigkeit einsetzen, selbst um den Preis, auf unserem Wege Streit, Uneinigkeit und Zwietracht zu säen. Wollen unsere Kirchenführer dem Wort der Bibel wahrhaft gerecht werden, dann müssen sie sich eine Theologie zu eigen machen, die sich Millionen von Christen bereits zu eigen gemacht haben – nämlich die biblische Theologie der direkten Konfrontation mit den Kräften des Bösen, anstatt einer Theologie der Versöhnung mit der Sünde und dem Teufel.

### 3.2 Gerechtigkeit

Es wäre falsch, den Eindruck zu vermitteln, die „Kirchentheologie“ in Südafrika habe den Ruf nach Gerechtigkeit nicht zu ihrem besonderen Anliegen gemacht. Sie hat sehr nachhaltig und sehr aufrichtig Gerechtigkeit gefordert. Doch an dieser Stelle muß die sehr ernste theologische Frage gestellt werden: Um welche Gerechtigkeit handelt es sich dabei? Eine Überprüfung der kirchlichen Erklärungen und Verlautbarungen hinterläßt den eindeutigen Eindruck, daß eine Gerechtigkeit der Reformen gemeint ist, das heißt, eine Gerechtigkeit, die von dem Unterdrücker, von der weißen Minderheit festgelegt und dem Volk als eine Art Zugeständnis angeboten wird. Es scheint nicht die radikale Gerechtigkeit zu sein, die von unten kommt und über die das Volk Südafrikas selbst entscheidet.

Einer der Hauptgründe, der zu dieser Schlußfolgerung führte, ist die einfache Tatsache, daß fast alle diese kirchlichen Erklärungen und Aufrufe an den Staat oder die weiße Be-

völkerung gerichtet sind. Man scheint von der Annahme auszugehen, daß Veränderungen von den Weißen oder zumindest von denen kommen müssen, die ganz oben sind. Im großen und ganzen scheint man der Meinung zu sein, man brauche nur an das Gewissen und den guten Willen derer zu appellieren, die für die Ungerechtigkeit in unserem Land verantwortlich sind; haben diese einmal ihre Sünden erkannt, Buße getan und sich mit anderen beraten, dann werden sie die notwendigen Reformen des Systems durchführen. Warum sonst sollten Kirchenführer Gespräche mit P. W. Botha führen, wenn dies nicht ihre Vision einer gerechten und friedlichen Lösung unserer Probleme wäre?

Im Mittelpunkt dieser Auffassung steht die Erwartung, daß sich durch „persönliche Bekehrung“ als Antwort auf „moralische Appelle“ die Strukturen der Gesellschaft verändern werden. Dieses Muster hat bis heute nicht funktioniert und wird es auch in Zukunft nicht tun. Die gegenwärtige Krise mit ihrer Brutalität, Grausamkeit und gefühllosen Härte ist Beweis genug für die Wirkungslosigkeit jahrelangen „Moralisierens“ über die Notwendigkeit, einander liebevoll zu begegnen. Bei dem Problem, mit dem wir uns hier in Südafrika auseinandersetzen, geht es nicht nur um persönliche Schuld, sondern um strukturelle Ungerechtigkeit.

Tag für Tag leiden Menschen, werden zu Krüppeln geschlagen, werden umgebracht und gefoltert. Wir dürfen es uns nicht bequem machen und darauf warten, daß der Unterdrücker eines Tages das Licht erkennen möge, damit die Unterdrückten dann die Hand ausstrecken und ihn um die Brosamen einiger kleiner Reformen bitten könnten. Das wäre in sich selbst entwürdigend und würde der Unterdrückung Vorschub leisten.

Reformen sind eingeführt worden, und ohne Zweifel wird es in naher Zukunft noch weitere Reformen geben. Es mag sehr wohl sein, daß die Appelle der Kirchen an das Gewissen der Weißen in bescheidenem Maße zur Einführung einiger dieser Reformen beigetragen haben. Doch können solche Reformen jemals als echte Veränderungen angesehen werden, als die Einführung wahrer und dauerhafter Gerechtigkeit? Reformen, die von oben kommen, sind niemals befriedigend. Sie bewirken selten mehr, als daß die Unterdrückung noch wirksamer und noch akzeptabler wird. Sollte der Unterdrücker jemals echte Veränderung bewirkende Reformen einführen, so wird dies nur aufgrund starken Drucks von seiten der Unterdrückten geschehen.

Wahre Gerechtigkeit, Gottes Gerechtigkeit, fordert eine radikale Veränderung der Strukturen, und diese kann nur

von unten, von den Unterdrückten selbst kommen. Gott wird die Veränderung durch die Unterdrückten herbeiführen, so wie er es mit den jüdischen Sklaven in Ägypten getan hat. Gott schafft seine Gerechtigkeit nicht durch die Reformen der Pharaonen dieser Welt.

Warum also wendet sich die „Kirchentheologie“ eher an die Spitze der Gesellschaft als an das leidende Volk? Warum fordert diese Theologie nicht, daß die Unterdrückten selbst für ihre Rechte einstehen und ihren Unterdrückern den Kampf ansagen? Warum sagt sie den Menschen nicht, daß es ihre Aufgabe sei, sich für Gerechtigkeit einzusetzen und die ungerechten Strukturen zu verändern? Vielleicht liegt die Antwort auf diese Fragen in der Tatsache, daß Appelle von den „Spitzengremien“ der Kirchen sehr leicht dazu tendieren, Appelle an die „Spitzengremien“ der Gesellschaft zu sein. Ein Appell an das Gewissen jener, die den Fortbestand des Unrechtssystems gewährleisten, ist notwendig. Doch echte Veränderung und wahre Gerechtigkeit kann nur von unten kommen, von den betroffenen Menschen selbst – die meisten von ihnen sind Christen.

### 3.3 Gewaltlosigkeit

Der Einstellung der „Kirchentheologie“ zur Gewaltlosigkeit, die sich in einer allgemeinen Verurteilung von allem, was sich mit Gewalt bezeichnen läßt, ausdrückt, ist es nicht gelungen, Gewaltanwendungen in unserer Situation einzudämmen; in Wirklichkeit wurde sie – obgleich unabsichtlich – zu einem entscheidenden Faktor für die neuerliche Eskalation der Gewalt von seiten des Staates. Hier wird wiederum Gewaltlosigkeit zum absoluten Prinzip erhoben, angewandt auf alles, was irgendjemand Gewalt zu nennen beliebt, ohne Rücksicht darauf, wer von dieser Gewalt Gebrauch macht, auf wessen Seite dieser steht und welches Ziel er anstrebt. In unserer Situation kann diese Einstellung nur gegenteilige Auswirkungen haben.

Das Problem, das sich hier für die Kirche stellt, besteht in dem Gebrauch, den die Staatspropaganda von dem Wort Gewalt macht. Der Staat und die Medien haben sich dafür entschieden, das, was Menschen in den Townships in ihrem Kampf um Befreiung tun, Gewalt zu nennen – nämlich das Werfen von Steinen, das Inbrandstecken von Autos und Gebäuden und manchmal das Töten von Kollaborateuren. Nur das Gewalt zu nennen schließt jedoch die strukturelle, institutionalisierte und uneinsichtige Gewaltanwendung des Staates aus, insbesondere die unterdrückerische und nackte Gewalt von Polizei und Armee. Diese Dinge werden nicht als

Gewalt bezeichnet. Selbst wenn „unangemessenes Vorgehen“ zugegeben wird, spricht man von „Verfehlungen“ oder sogar von „Verstößen“, doch niemals von Gewalt. Deshalb bedeutet der Satz „Gewalt in den Townships“ nur das, was die jungen Leute tun, und nicht, was die Polizei oder die Apartheid als solche den Menschen antut. Fordert man unter diesen Umständen Gewaltlosigkeit, so setzt man sich dem Verdacht aus, Kritik am Widerstand des Volkes zu üben, während man gleichzeitig die Ausübung von Gewalt seitens der Polizei und des Staates rechtfertigt oder zumindest übersieht. So verstehen es nicht nur der Staat und seine Anhänger, sondern auch die Menschen, die um ihre Freiheit kämpfen. In unserer Lage ist Gewalt ein mit vielen Hypotheken belastetes Wort.

Es stimmt, daß auch in Erklärungen und Verlautbarungen der Kirche das gewaltsame Vorgehen der Polizei verurteilt wird. Es heißt darin, daß die Kirche jede Anwendung von Gewalt ablehne. Doch ist es – insbesondere unter den gegebenen Umständen – berechtigt, das rücksichtslose und repressive Handeln des Staates einerseits und die verzweifelten Verteidigungsversuche des Volkes andererseits mit ein und demselben Wort zu bezeichnen, nämlich mit dem Wort „Gewalt“, deren Anwendung die „Kirchentheologie“ pauschal verurteilt? Müssen derartige Abstraktionen und Verallgemeinerungen nicht für noch mehr Verwirrung sorgen? Wie ist es möglich, Unterdrückung, Ungerechtigkeit und Vorherrschaft mit Widerstand und Selbstverteidigung gleichzusetzen? Wäre es berechtigt, beides – die physische Gewalt eines Sexualverbrechers und den physischen Widerstand einer Frau, die sich wehrt – mit demselben Begriff „Gewalt“ zu bezeichnen?

Überdies finden sich weder in der Bibel noch in unserer christlichen Tradition Hinweise, die derartige Verallgemeinerungen zulassen würden. Überall in der Bibel wird das Wort „Gewalt“ nur da gebraucht, wo das Tun eines gottlosen und bösen Unterdrückers beschrieben wird (z. B. Ps. 72, 12–14; Jes. 59, 1–8; Jer. 22, 13–17; Amos 3, 9–10; Micha 2, 2; 3, 1–3. 6, 12). Das Wort „Gewalt“ wird niemals gebraucht, um das Vorgehen der Heere der Israeliten in ihrem Widerstand gegen Aggression und ihrem Kampf um Befreiung zu beschreiben. Wenn Jesus uns anweist, die andere Wange darzubieten, so sagt er uns, daß wir nicht Rache üben sollen; er sagt nicht, daß wir uns oder andere niemals verteidigen dürfen.

Die Anwendung physischer Gewalt, um sich gegen Tyrannen und Aggressoren zur Wehr zu setzen, ist in einer langen und gleichbleibenden christlichen Tradition begründet. Mit anderen Worten: Es gibt Umstände, unter denen physische Gewaltanwendung erlaubt ist. Diese Umstände sind äußerst begrenzt

– Gewalt darf nur als letzter Ausweg oder als das kleinere von zwei Übeln gelten oder, wie Bonhoeffer es nannte, „die geringere von zwei Möglichkeiten, schuldig zu werden“. Es ist einfach nicht wahr, wenn gesagt wird, daß jegliche Anwendung physischer Gewalt mit Gewalttätigkeit gleichzusetzen und, unter welchen Umständen auch immer, niemals zulässig sei.

Das soll nicht heißen, daß es Menschen, die unterdrückt werden, erlaubt sei, zu jeder beliebigen Zeit ein beliebiges Maß an Gewalt anzuwenden, nur weil sie um ihre Befreiung kämpfen. Es hat Fälle der Tötung und Verletzung gegeben, die kein Christ jemals gutheißen würde. Doch hier liegen die Gründe unserer Mißbilligung in der Sorge um echte Befreiung und in der Überzeugung, daß derlei Vorkommnisse unnötig, ungerechtfertigt und lähmend sind, und nicht, weil solche Fälle unter die pauschale Verurteilung jeglicher Gewaltanwendung unter welchen Umständen auch immer fallen.

Was schließlich die erklärte Gewaltlosigkeit der „Kirchentheologie“ in den Augen vieler – uns selbst eingeschlossen – äußerst verdächtig macht, ist die stillschweigende Unterstützung, die der wachsenden Militarisierung des südafrikanischen Staates von seiten vieler Kirchenführer zuteil wird. Wie ist es möglich, jede Gewaltanwendung zu verurteilen und dennoch Militärpfarrer zum Dienst in einer äußerst gewalttätigen und unterdrückerischen Armee zu ernennen? Wie kann man Gewaltanwendung verurteilen und es dennoch zulassen, daß weiße junge Männer ihrer Einberufung in die Streitkräfte Folge leisten? Ist es deshalb, weil die Einsätze von Polizei und Armee als Verteidigung angesehen werden?

Das wirft die äußerst ernste Frage auf, auf wessen Seite diese Kirchenführer wohl stehen mögen. Warum gilt das Vorgehen der jungen Schwarzen in den Townships nicht als Verteidigung?

Auf wessen Seite man steht, scheint in der Praxis darüber zu entscheiden, was mit „Gewalt“ und was mit „Selbstverteidigung“ bezeichnet wird. Jeden Gebrauch physischer Gewalt als „Gewalttätigkeit“ zu bezeichnen ist ein Versuch, Neutralität zu wahren und sich zu weigern, selbst zu urteilen, wer im Recht und wer im Unrecht ist. Der Versuch, in diesem Konflikt neutral zu bleiben, ist sinnlos. Neutralität ermöglicht den Fortbestand des status quo der Unterdrückung (und damit der Gewalttätigkeiten). Es ist eine Haltung, die den Unterdrücker stillschweigend unterstützt.

### 3.4 Das Grundproblem

Es genügt nicht, Kritik an der „Kirchentheologie“ zu üben, wir müssen diese Kritik auch begründen. Was steckt hinter den Fehlern, Mißverständnissen und Unzulänglichkeiten dieser Theologie?

An erster Stelle möchten wir auf das Fehlen jeglicher gesellschaftlicher Analysen hinweisen. Wir haben aufgezeigt, wie die „Kirchentheologie“ dazu tendiert, sich absoluter Prinzipien wie Versöhnung, Verhandlung, Gewaltlosigkeit und friedlicher Lösungen zu bedienen und diese unterschiedslos und unkritisch auf jede Situation anzuwenden. Geringe Anstrengungen werden unternommen, um zu analysieren, was in unserer Gesellschaft vor sich geht und warum das so ist. Es ist nicht möglich, gültige moralische Urteile über eine Gesellschaft zu fällen, ohne überhaupt den Versuch gemacht zu haben, diese Gesellschaft zu verstehen.

Die Analyse der Apartheid, die der „Kirchentheologie“ zugrunde liegt, ist ganz einfach unangemessen. Die gegenwärtige Krise hat sehr eindeutig zutage gebracht, daß die Bemühungen der Kirchenführer, wirksame und begehbbare Möglichkeiten zur Veränderung unserer Gesellschaft herbeizuführen, fehlgeschlagen sind. Dieses Fehlschlagen ist in nicht geringem Maße der Tatsache zuzuschreiben, daß die „Kirchentheologie“ keine Gesellschaftsanalyse entwickelt hat, die es ihr ermöglichen würde, die Mechanismen von Ungerechtigkeit und Unterdrückung zu durchschauen.

In engem Zusammenhang damit steht der Mangel an angemessenem Verständnis für Politik und politische Strategie. Die Veränderung von Gesellschaftsstrukturen ist im wesentlichen eine Sache der Politik. Dies erfordert eine politische Strategie, die auf einer klaren gesellschaftlichen oder politischen Analyse aufgebaut ist.

Die Kirche muß sich an diese Strategien und die ihnen zugrundeliegende Analyse halten. In diese politische Situation gilt es, das Evangelium hineinzutragen, jedoch nicht als Alternativlösung für unsere Probleme – so, als liefere uns das Evangelium unpolitische Lösungen für politische Probleme. Es gibt keine spezifisch christliche Lösung. Es gibt einen christlichen Weg, die politischen Lösungen anzugehen, einen christlichen Geist, christliche Motivation und Haltung. Aber es gibt keinen Weg, der an Politik und politischen Strategien vorbeiführt.

Doch das Grundproblem haben wir noch immer nicht aufgezeigt. Warum hat die „Kirchentheologie“ keine Gesellschaftsanalyse entwickelt? Warum zeigt sie kein angemessenes Verständnis für die Unabdingbarkeit politischer Strategie?

gien? Und warum hat sie Neutralität und Abseits-Stehen zu einer Tugend gemacht?

Die Antwort muß in der besonderen Art des Glaubens und der Spiritualität gesucht werden, die jahrhundertlang das Kirchenleben bestimmt haben. Wie wir alle wissen, war Spiritualität von jeher geneigt, eine Angelegenheit einer jenseitigen Welt zu sein, die sehr wenig – wenn überhaupt etwas – mit den Dingen dieser Welt zu tun hat. Soziale und politische Anliegen wurden als weltliche Angelegenheiten abgetan, die nichts mit dem geistlichen Auftrag der Kirche zu tun haben. Überdies wurde Frömmigkeit immer als rein privat und nur den einzelnen betreffend verstanden. Öffentliche Angelegenheiten und soziale Probleme wurden als außerhalb des Bereichs der Spiritualität liegend gesehen. Und schließlich neigt die uns vererbte Spiritualität dazu, sich auf Gottes Eingreifen zu verlassen, damit er zu seiner Zeit in der Welt in Ordnung bringe, was verkehrt sei. Außer für Gottes Eingreifen zu beten, bleibt den Menschen bei dieser Einstellung sehr wenig zu tun übrig.

Genau diese Auffassung von Spiritualität versetzt so viele Christen und Kirchenführer in einen Zustand der Lähmung, wenn sie sich mit der gegenwärtigen Krise im Land konfrontiert sehen.

Es braucht hier kaum gesagt zu werden, daß besagter Glaube und besagte Frömmigkeit jeder biblischen Grundlage entbehren. Die Bibel trennt den Menschen nicht von der Welt, in der er lebt. Sie trennt den einzelnen nicht von der Gesellschaft oder das Privatleben vom öffentlichen Leben. Gott erlöst den ganzen Menschen als Teil seiner ganzen Schöpfung (Röm. 8, 18–24). Eine wahrhaft biblische Spiritualität würde jeden Aspekt der menschlichen Existenz durchdringen und keinen Teil davon von Gottes Erlöserwillen ausschließen. Der biblische Glaube hat für alles, was in dieser Welt geschieht, prophetische Relevanz.

#### KAPITEL VIER: AUF DEM WEG ZU EINER PROPHETISCHEN THEOLOGIE

Der KAIROS dieser Zeit verlangt von den Christen eine biblische, geistliche, pastorale und vor allem eine prophetische Antwort. In dieser Lage genügt es nicht, verallgemeinerte christliche Prinzipien zu wiederholen. Wir brauchen eine mutige und präzise Antwort – eine Antwort, die prophetisch ist, weil sie die besonderen Gegebenheiten dieser Krise anspricht – eine Antwort, die nicht den Eindruck erweckt, man stehe

zwischen den Fronten, sondern eine Antwort, die klar und eindeutig Stellung bezieht.

#### 4.1 Gesellschaftliche Analyse

Die vordringlichste Aufgabe einer prophetischen Theologie für unsere Zeit wäre der Versuch einer gesellschaftlichen Analyse, was Jesus „über die Zeichen der Zeit urteilen“ (Matth. 16, 3), bzw. „diese Zeit prüfen“ (Luk. 12, 56) nennen würde. Dies in aller Genauigkeit durchzuführen ist in diesem Dokument nicht möglich, doch müssen wir zumindest mit den groben Umrissen einer Analyse des Konflikts einen Anfang machen.

Es wäre verfehlt, die gegenwärtigen Auseinandersetzungen einfach als Rassenkrieg darzustellen. Die Rassenkomponente ist zwar vorhanden, doch haben wir es nicht mit zwei ebenbürtigen Rassen oder Völkern mit eigenen, egoistischen Gruppeninteressen zu tun. Vielmehr müssen wir uns mit einer Situation der Unterdrückung auseinandersetzen. Der Konflikt findet zwischen Unterdrückern und Unterdrückten statt und wird zwischen zwei nicht zu vereinbarenden Zielen oder Interessen ausgetragen, wobei die eine Seite gerecht, die andere ungerecht ist.

Auf der einen Seite stehen die Interessen jener, die vom status quo profitieren und die entschlossen sind, ihn um jeden Preis aufrechtzuerhalten, selbst zum Preis von Millionen von Menschenleben. In ihrem Interesse liegt es, eine Anzahl von Reformen durchzuführen, die sicherstellen, daß keine radikale Systemveränderung stattfindet, damit sie weiterhin wie in der Vergangenheit vom System profitieren können. Sie ziehen ihren Nutzen aus dem System, das sie begünstigt und es ihnen ermöglicht, sich beachtlichen Reichtum anzueignen und einen außergewöhnlich hohen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Es ist ihnen daran gelegen, daß dieser Zustand weiterhin erhalten bleibt, auch wenn einige Veränderungen notwendig zu werden scheinen.

Auf der anderen Seite finden sich jene, die in keinerlei Weise vom jetzigen System profitieren. Sie werden lediglich als Werkzeuge behandelt, erhalten Hungerlöhne, sind durch Wanderarbeit von ihren Familien getrennt, werden wie Vieh verladen und zum Verhungern in Homelands gesperrt – und alles zum Nutzen einer privilegierten Minderheit. Sie haben keine Stimme im Regierungssystem und sollen auch noch für die Zugeständnisse dankbar sein, die man ihnen wie Brosamen anbietet. Es liegt keineswegs in ihrem Interesse, den Fortbestand dieses Systems zuzulassen, selbst nicht in irgendeiner „reformierten“ oder „revidierten“ Form. Sie sind nicht

länger bereit, zertreten, unterdrückt und ausgebeutet zu werden. Sie sind entschlossen, das System radikal zu verändern, so daß nicht mehr nur die Privilegierten begünstigt werden. Und sie sind bereit, dies sogar unter Einsatz ihres eigenen Lebens zu tun. Was sie wollen, ist Gerechtigkeit für alle.

Dies ist unsere Lage eines Bürgerkrieges oder einer Revolution. Die eine Seite ist entschlossen, das System um jeden Preis aufrechtzuerhalten, und die andere Seite ist ebenso entschlossen, es um jeden Preis zu verändern. Wir haben es hier mit zwei entgegengesetzten Interessen zu tun. Ein Kompromiß ist ausgeschlossen. Entweder gibt es für alle volle und gleiche Gerechtigkeit oder nicht.

Die Bibel hat zu einer solchen Auseinandersetzung sehr viel zu sagen, zu einer Welt, die in Unterdrücker und Unterdrückte geteilt ist.

#### 4.2 Unterdrückung in der Bibel

Suchen wir in der Bibel nach Aussagen zum Thema Unterdrückung, so entdecken wir – wie auch viele mit uns in der ganzen Welt diese Entdeckung machen –, daß Unterdrückung im Alten wie im Neuen Testament ein zentrales Thema ist. Exegeten, die sich die Mühe gemacht haben, das Thema Unterdrückung in der Bibel zu untersuchen, haben erkannt, daß es im Hebräischen nicht weniger als 20 Stammwörter gibt, um Unterdrückung zu beschreiben. Wie ein Autor gesagt hat: Unterdrückung ist „eine grundlegende strukturelle Kategorie biblischer Theologie“ (T. D. Hanks, *God So Loved the Third World*, Orbis 1983, S. 4).

Überdies ist die Beschreibung von Unterdrückung in der Bibel konkret und anschaulich. Die Bibel beschreibt Unterdrückung als Erfahrung des Menschen, in der er zertreten, entwürdigt, gedemütigt, ausgebeutet, verarmt, betrogen, irreführt und verklavt wird. Die Unterdrücker werden als grausam, rücksichtslos, arrogant, habgierig, gewalttätig, tyrannisch und als Feinde dargestellt. Derartige Beschreibungen können nur von Menschen verfaßt worden sein, die lange und schmerzhaft Unterdrückung erfahren haben. Und tatsächlich ist fast 90 Prozent der in der Bibel aufgezeichneten Geschichte des jüdischen Volkes und später der Christen die Geschichte nationaler oder internationaler Unterdrückung.

Das Volk Israel entstand auf dem Hintergrund der schmerzhaften Erfahrung von Unterdrückung und Repression als Sklaven in Ägypten. Doch das Entscheidende für diese Gruppe unterdrückter Menschen war, daß Jahwe sich ihnen offenbarte. Gott offenbarte sich als Jahwe, als der Eine, der sich der Leidenden erbarmt und der sie von ihren Unter-

drückern befreit: „Ich habe das Elend meines Volkes in Ägypten gesehen und ihr Geschrei über ihre Bedränger gehört; ich habe ihre Leiden erkannt. Und ich bin herniedergefahren, daß ich sie errette aus der Ägypter Hand... Weil denn nun das Geschrei der Kinder Israel vor mich gekommen ist und ich dazu ihre Not gesehen habe, wie die Ägypter sie bedrängen, so geh nun hin...“ (2. Mose 3, 7–9).

Überall in der Bibel zeigt sich Gott als der Befreier der Unterdrückten. Er ist nicht neutral. Er versucht nicht, Mose und Pharao miteinander zu versöhnen, die hebräischen Sklaven mit ihren ägyptischen Unterdrückern oder das jüdische Volk mit irgendeinem seiner späteren Unterdrücker zu versöhnen. Unterdrückung ist Sünde, mit der kein Kompromiß eingegangen werden kann; sie muß beseitigt werden. Gott stellt sich auf die Seite der Unterdrückten. Wie wir in Psalm 103, 6 lesen: „Der Herr schafft Gerechtigkeit und Recht allen, die Unrecht leiden.“

Auch beschränkt sich diese Identifizierung mit den Unterdrückten nicht etwa auf das Alte Testament. Als Jesus in der Synagoge von Nazareth seinen Auftrag verkündete, benutzte er die Worte des Propheten Jesaja: „Der Geist des Herrn ist bei mir, darum, weil er mich gesalbt hat, zu verkündigen das Evangelium den Armen. Er hat mich gesandt, zu predigen den Gefangenen, daß sie los sein sollen, und den Blinden, daß sie sehend werden, und den Zerschlagenen, daß sie frei und ledig sein sollen, zu verkündigen das Gnadenjahr des Herrn.“ (Luk. 4, 18–19)

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sich Jesus hier der Sache der Armen und Unterdrückten annimmt. Er hat sich mit ihren Anliegen identifiziert. Nicht daß er sich nicht um die Reichen und die Unterdrücker gekümmert hätte. Sie ruft er zur Buße auf. Die unterdrückten Christen Südafrikas wissen seit langem, daß sie eins sind mit Christus in ihrem Leiden. Durch sein eigenes Leiden und seinen Tod am Kreuz wurde er ein Opfer von Unterdrückung und Gewalt. Er ist bei uns in unserer Unterdrückung.

#### 4.3 Tyrannei in der christlichen Tradition

Die Auseinandersetzung mit Situationen der Unterdrückung hat eine lange christliche Tradition. Das Wort, mit dem am häufigsten diese besondere Form der Sünde umschrieben wird, ist das Wort „Tyrannei“. Ist es ohne jeden Zweifel erwiesen, daß ein Herrscher zum Tyrannen geworden ist oder ein Regime Gewaltherrschaft ausübt – so besagt diese Tradition –, so hat er bzw. das Regime das moralische Recht zu reagieren verwirkt; dem Volk fällt somit das Recht zum Wider-

stand zu und auch das Recht, Mittel zu finden, seine eigenen Interessen vor Ungerechtigkeit und Unterdrückung zu schützen.

Mit anderen Worten: Ein Gewalt ausübendes Regime ist moralisch nicht legitim. Dieses Regime mag eine De-facto-Regierung sein, es mag sogar von anderen Regierungen anerkannt und deshalb eine De-jure- oder rechtmäßige Regierung sein. Doch handelt es sich um ein Gewalt ausübendes, tyrannisches Regime, ist es vom moralischen und theologischen Standpunkt aus gesehen unrechtmäßig.

In der christlichen Tradition gibt es in der Tat Meinungsverschiedenheiten über die Mittel, von denen Gebrauch gemacht werden kann, um einen Tyrannen zu entmachten. Noch nie wurde jedoch unsere christliche Pflicht angezweifelt, Kooperation mit der Tyrannei zu verweigern und alles in unseren Kräften Stehende zu tun, um sie abzuschaffen.

Es versteht sich von selbst, daß alles von der Definition abhängt, was ein Tyrann ist. An welchem Punkt wird eine Regierung zum tyrannischen Regime? Die traditionelle lateinische Definition eines Tyrannen lautet *hostis bonis communis* — ein Feind des Gemeinwohls. Die Ziel einer jeden Regierung muß die Förderung des sogenannten Gemeinwohls aller Regierten sein. Das Gemeinwohl fördern heißt, im Interesse und zum Nutzen aller Menschen zu regieren. Manch einer Regierung gelingt es zeitweise nicht, diesem Anspruch gerecht zu werden. Einigen Menschen werden diese oder jene Ungerechtigkeiten zugefügt. An solchen Verfehlungen muß in der Tat Kritik geübt werden. Doch gelegentliche Ungerechtigkeit macht aus einer Regierung noch keinen Feind des Volkes — einen Tyrannen.

Um zum Feind des Volkes zu werden, muß die Regierung prinzipiell im Widerspruch zum Gemeinwohl stehen. Eine solche Regierung würde fortwährend gegen die Interessen des Volkes als Ganzes handeln. Dies würde am eindeutigsten in Fällen zutage treten, in denen die Regierungspolitik als solche dem Gemeinwohl feindlich gesinnt ist und in denen die Regierung ein Mandat hat, nur im Interesse eines Bruchteils der Bevölkerung und nicht im Interesse des ganzen Volkes zu regieren. Eine solche Regierung wäre im Prinzip nicht reformierbar. Alle Reformversuche seitens der Regierung würden als nicht das Gemeinwohl fördernd beurteilt werden, sondern als den Interessen der Minorität dienend, von der die Regierung ihr Mandat hat.

Ein tyrannisches Regime kann nicht sehr lange regieren, ohne ständig mehr Gewalt anzuwenden. In dem Maße, wie die Mehrheit des Volkes ihre Rechte fordert und den Tyrannen

unter Druck setzt, wird der Tyrann mehr und mehr auf verzweifelte, grausame, rohe und rücksichtslose Formen der Gewaltherrschaft und Repression zurückgreifen. Die Herrschaft eines Tyrannen endet immer mit der Herrschaft des Terrors. Das ist unvermeidlich, weil der Tyrann von Anbeginn der Feind des Gemeinwohls ist.

Diese Beschreibung dessen, was wir unter einem Tyrannen oder einer Gewaltherrschaft verstehen, läßt sich am besten mit den Worten eines bekannten Moraltheologen zusammenfassen: "... ein Regime, das sich in aller Offenheit als Feind des Volkes darstellt und das ständig und in gröbster Weise das Gemeinwohl verletzt" (B. Häring, *The Law of Christ*, Vol. 3, p. 150).

Dies hinterläßt nun die Frage, ob die gegenwärtige Regierung Südafrikas als Gewaltherrschaft bezeichnet werden kann oder nicht. Es kann keinen Zweifel darüber geben, was die Mehrheit der Menschen Südafrikas denkt. Für sie ist das Apartheidregime in der Tat der Feind des Volkes, und genauso wird die Regierung auch genannt: der Feind. Mehr als je zuvor hat das Regime in der gegenwärtigen Krise jede Legitimität, die es vielleicht einmal in den Augen des Volkes gehabt haben mag, verloren. Hat das Volk recht oder ist es im Unrecht?

Apartheid ist ein System, in dem einem von einem kleinen Teil der Bevölkerung gewählten Minderheitsregime ein ausdrückliches Mandat verliehen wird, im Interesse und zum Nutzen des weißen Bevölkerungsteils zu regieren. Ein solches Mandat bzw. eine solche Politik ist per definitionem gegen das Gemeinwohl des Volkes gerichtet. Und weil dieses Regime im ausschließlichen Interesse der Weißen und nicht im Interesse aller zu regieren versucht, ist es in der Tat so weit gekommen, daß es nicht einmal mehr im Interesse eben jener Weißen regiert. Es wird zum Feind des ganzen Volkes, zum Tyrannen, zum totalitären Regime, zum Terrorregime.

Dies bedeutet außerdem, daß das Minderheitsregime der Apartheid nicht reformierbar ist. Wir können nicht erwarten, daß das Apartheidregime eine Bekehrung oder Änderung des Herzens erfährt und die Politik der Apartheid völlig aufgibt. Dafür hat es kein Mandat von seinen Wählern. Jegliche Reformen oder Verbesserungen, die das Regime durchführen wollte, müßten im Interesse seiner Wähler liegen. Einzelne Regierungsmitglieder könnten eine echte Bekehrung erfahren und Buße tun. Doch gesetzt den Fall, dies würde geschehen, so müßten sie die Konsequenzen ziehen und eine Regierung verlassen, die eben wegen ihrer Politik der Apartheid gewählt und eingesetzt wurde.

Deshalb sind wir in die gegenwärtige Sackgasse geraten. In dem Maße, wie die unterdrückte Mehrheit immer mehr Widerstand leistet und den Tyrannen durch Maßnahmen wie Boykott, Streik, Aufstand, Brandstiftung und sogar bewaffneten Kampf mehr und mehr unter Druck setzt, in dem Maße wird dieses Regime gewalttätiger werden. Einerseits wird es repressive Maßnahmen ergreifen: Festnahmen, Verurteilungen, Hinrichtungen, Folter, Bannung, Propaganda, Ausnahmezustand und andere verzweifelte und gewalttätige Methoden. Andererseits wird es Reformen einführen, die für die Mehrheit immer unannehmbar bleiben werden, weil alle Reformen die Gewähr bieten müssen, daß die weiße Minderheit an der Spitze bleibt.

Ein Regime, das vom Prinzip her der Feind des Volkes ist, kann nicht plötzlich im Interesse des ganzen Volkes zu regieren beginnen. Es kann nur durch eine andere Regierung ersetzt werden – durch eine Regierung, die von der Mehrheit des Volkes mit dem ausdrücklichen Mandat gewählt wurde, im Interesse des ganzen Volkes zu regieren.

Ein Regime, das sich zum Feind des Volkes gemacht hat, hat sich demnach auch zum Feind Gottes gemacht. Die Menschen sind zum Bilde Gottes geschaffen, und was immer wir den Geringsten antun, tun wir Gott an (Matth. 25, 45).

Wird hier gesagt, der Staat oder das Regime habe sich zum Feind Gottes gemacht, so bedeutet das nicht, daß alle, die das System unterstützen, sich dessen bewußt sind. Im großen und ganzen wissen sie überhaupt nicht, was sie tun. Die Regierungspropaganda hat vielen Menschen Sand in die Augen gestreut. Häufig leben sie in völliger Unkenntnis der Konsequenzen, die ihre Haltung nach sich zieht. Durch diese Blindheit wird der Staat jedoch nicht weniger gewalttätig und nicht weniger zum Feind des Volkes und zum Feind Gottes.

Andererseits ist die Tatsache, daß der Staat tyrannisch und ein Feind Gottes ist, keine Entschuldigung für Haß. Als Christen sind wir dazu gerufen, unsere Feinde zu lieben (Matth. 5, 44). Es wird nicht gesagt, daß wir keine Feinde haben werden oder haben sollen oder daß wir Gewaltherrschaften nicht als unsere tatsächlichen Feinde bezeichnen sollten. Doch haben wir einmal unsere Feinde identifiziert, so müssen wir uns bemühen, sie zu lieben. Das ist nicht immer leicht. Doch dann dürfen wir nicht vergessen, daß die größte Liebe, die wir beiden – den Unterdrückten und unseren Feinden, den Unterdrückern – entgegenbringen, sich darin erweist, daß wir die Unterdrückung beseitigen, die Gewaltherrscher entmachten und eine gerechte Regierung zum Wohle aller einsetzen.

#### 4.4 Botschaft der Hoffnung

Im Zentrum des Evangeliums Jesu Christi und im Zentrum jedes wahren prophetischen Glaubens steht die Botschaft der Hoffnung. In diesem Augenblick der Krise in Südafrika gibt es nichts, was notwendiger und wichtiger wäre als die christliche Botschaft der Hoffnung.

Jesus hat uns gelehrt, von dieser Hoffnung als dem Kommen des Reiches Gottes zu sprechen. Wir glauben, daß Gott in unserer Welt am Werk ist und hoffnungslos und vom Bösen gezeichnete Situationen zum Guten wenden kann, damit „Sein Reich komme“ und „Sein Wille geschehe wie im Himmel, so auf Erden“. Wir glauben, daß Gutes und Gerechtigkeit und Liebe am Ende triumphieren werden und daß Unterdrückung und Gewaltherrschaft nicht von ewiger Dauer sein können. Eines Tages wird Gott „abwischen alle Tränen von ihren Augen“ (Off. 7, 17; 21, 4) und „da werden die Wölfe bei den Lämmern wohnen“ (Jes. 11, 6). Wahren Frieden und wahre Versöhnung wünschen wir uns nicht nur – sie sind uns gewiß und versprochen. Das ist unser Glaube und unsere Hoffnung.

Warum kommt diese machtvolle Botschaft der Hoffnung in der „Kirchentheologie“ und in den Erklärungen der Kirchenführer nicht zum Ausdruck? Vielleicht, weil sich die Kirchenführer an die Unterdrücker und nicht an die Unterdrückten gewandt haben? Vielleicht, um die Unterdrückten nicht zu ermutigen, sich allzuvielen und zu große Hoffnungen zu machen?

In dem Maße, wie sich die Krise tagtäglich zuspitzt, haben beide – Unterdrücker wie Unterdrückte – das Recht, von den Kirchen eine Botschaft der Hoffnung zu fordern. Die meisten unterdrückten Menschen in Südafrika sind nicht ohne Hoffnung; das gilt ganz besonders für die Jugend. Sie handeln mutig und ohne Furcht, weil sie die Gewißheit haben, daß die Befreiung kommen wird. Oft wird ihr Körper getötet, doch es gibt jetzt nichts mehr, das ihren Geist und ihre Hoffnung töten kann. Doch Hoffnung braucht Bestätigung. Hoffnung muß genährt und gestärkt werden. Hoffnung muß verbreitet werden. Den Menschen muß immer und immer wieder gesagt werden, daß Gott auf ihrer Seite ist.

Andererseits sind die Unterdrücker und jene, die ihrer Propaganda Glauben schenken, voll verzweifelter Angst. Man muß ihnen das teuflisch Böse des gegenwärtigen Systems klarmachen, und sie müssen zur Buße gerufen werden, doch man muß ihnen auch etwas geben, worauf sie ihre Hoffnung setzen können. Im Augenblick hegen sie falsche Hoffnungen. Sie hoffen, den status quo und ihre Privilegien – mit einigen Einschränkungen vielleicht – aufrechtzuerhalten, und sie

fürchten jede echte Alternative. Doch sie können auf weit mehr als das hoffen und haben nichts zu fürchten. Kann ihnen da die christliche Botschaft der Hoffnung nicht Hilfe geben?

Es gibt Hoffnung. Es gibt Hoffnung für uns alle. Doch der Weg auf diese Hoffnung hin wird sehr schwer und sehr schmerzhaft sein. Auseinandersetzung und Kampf werden sich in den vor uns liegenden Monaten und Jahren verstärken, denn es gibt keine andere Möglichkeit, Ungerechtigkeit und Unterdrückung zu beseitigen. Doch Gott ist mit uns. Wir können nur lernen, Werkzeuge seines Friedens zu werden, selbst bis in den Tod. Wir müssen am Kreuzestod Christi teilhaben, wenn wir die Hoffnung auf die Teilhabe an seiner Auferstehung unser eigen nennen wollen.

## KAPITEL FÜNF: HERAUSFORDERUNG ZUM HANDELN

### 5.1 *Gott steht auf der Seite der Unterdrückten*

Sagt man heute, die Kirche müsse sich nun eindeutig und konsequent auf die Seite der Armen und Unterdrückten stellen, so übersieht man die Tatsache, daß die Mehrzahl aller Christen in Südafrika dies bereits getan hat. Der bei weitem größte Teil der Kirche in Südafrika ist arm und unterdrückt. Natürlich kann nicht als selbstverständlich angenommen werden, daß jeder, der unterdrückt ist, den Kampf aufgenommen hat und für seine Befreiung kämpft. Ebenso wenig kann angenommen werden, daß sich alle unterdrückten Christen der Tatsache voll bewußt sind, daß ihre Sache Gottes Sache ist. Trotzdem ist es wahr, daß die Kirche bereits auf seiten der Unterdrückten steht, denn dort findet sich die Mehrheit ihrer Mitglieder. Dieser Tatbestand muß von der ganzen Kirche anerkannt und bestätigt werden.

Am Anfang dieses Dokumentes wurde aufgezeigt, daß die gegenwärtige Krise die Spaltungen in der Kirche zutage gebracht hat. Wir sind aus genau dem Grund eine gespaltene Kirche, weil nicht alle Mitglieder unserer Kirchen Stellung gegen die Unterdrückung bezogen haben. Mit anderen Worten: Nicht alle Christen sind eins mit dem Gott, von dem es heißt: „Der Herr schafft Gerechtigkeit und Recht allen, die Unrecht leiden“ (Psalm 103, 6).

Was die gegenwärtige Krise anlangt, gibt es nur einen Weg zur Einheit der Kirche, nämlich den Weg, auf dem jene Christen, die auf der Seite des Unterdrückers oder zwischen den Fronten stehen, auf die andere Seite hinüberwechseln, um mit den Unterdrückten im Glauben und im Handeln vereint zu sein. Einigkeit und Versöhnung innerhalb der Kirche selbst

ist nur im Einssein mit Gott und Jesus Christus möglich, und sie sind auf der Seite der Armen und Unterdrückten.

Wenn die Kirche sich dahingehend verändern und dies zu ihrem erklärten Ziel machen soll – wie müssen dann diese neuen Erkenntnisse in konkretes und wirksames Handeln umgesetzt werden?

### 5.2 *Teilnahme am Kampf*

Tun sie es nicht bereits, so müssen sich Christen ganz einfach an dem Kampf für Befreiung und für eine gerechte Gesellschaft beteiligen. Die Aktionen der Bevölkerung – vom Verbraucherboycott bis zum Niederlegen der Arbeit – müssen von der Kirche ermutigt und unterstützt werden. Manchmal wird Kritik notwendig sein, doch Ermutigung und Unterstützung werden ebenso notwendig sein. Anders ausgedrückt: Die gegenwärtige Krise fordert die ganze Kirche dazu heraus, ihr geistliches Amt nicht mehr lediglich als „Ambulanz-Dienst“ zu verstehen, sondern als Engagement und Teilnahme am Kampf.

### 5.3 *Veränderung kirchlicher Aktivitäten*

Die Kirche hat ihre eigenen besonderen Veranstaltungen: Sonntagsgottesdienste, Abendmahlsgottesdienste, Taufen, Kindergottesdienste, Beerdigungen usw. Außerdem hat die Kirche ihre eigene Sprache, mit der sie ihren Glauben und ihre Verpflichtung ausdrückt, zum Beispiel in Gestalt der Glaubensbekenntnisse. Diese kirchlichen Handlungen müssen neue Formen finden, um eine noch größere Übereinstimmung mit einem prophetischen Glauben zu erzielen, der auf den KAIROS, den Gott uns heute anbietet, bezogen ist. Die bösen Kräfte, von denen wir in der Taufe sprechen, müssen beim Namen genannt werden. Wir wissen, was diese bösen Kräfte im heutigen Südafrika sind. Auch das Einssein und Miteinanderteilen, zu dem wir uns in unseren Abendmahlsgottesdiensten oder Messen bekennen, muß beim Namen genannt werden. Es bedeutet die Solidarität der Menschen untereinander, die alle zum Kampf um Gottes Frieden für Südafrika einlädt. Die Buße, die wir predigen, muß konkretisiert werden. Es ist Buße für unser Schuldigwerden an Leid und Unterdrückung im Land.

Vieles, was wir in unseren Gottesdiensten tun, hat für die Armen und Unterdrückten seine Bedeutung verloren. Unsere Gottesdienste und Sakramente haben sich den Bedürfnissen des einzelnen nach Trost und Sicherheit angepaßt. Nun müssen eben diese kirchlichen Handlungen neue Formen erhalten, um den echten religiösen Bedürfnissen aller Menschen zu die-

nen und um den befreienden Auftrag Gottes und der Kirche in dieser Welt zu verbreiten.

#### 5.4 Besondere Aktionen

Über ihre normalen Aktivitäten hinaus müßte die Kirche Sonderprogramme, Aktionen und Kampagnen entwickeln, bezogen auf die besonderen Erfordernisse des Befreiungskampfes in Südafrika. Doch hier ist besondere Vorsicht geboten. Die Kirche muß es vermeiden, zur „Dritten Kraft“ zu werden, die zwischen den Unterdrückern und den Unterdrückten steht. Die Programme und Kampagnen der Kirche dürfen kein Duplikat dessen sein, was die bestehenden Organisationen des Volkes bereits unternehmen, und – was noch ernster genommen werden muß –: Die Kirche darf keine Verwirrung bringen, indem sie Programme entwickelt, die dem Kampf der politischen Organisationen, die die echten Anwälte der Klagen und Forderungen der Bevölkerung sind, zuwiderlaufen. Gegenseitige Konsultation, Koordination und Kooperation werden vonnöten sein. Wir streben alle dasselbe Ziel an, auch wenn wir unterschiedlicher Auffassung über die endgültige Bedeutung dessen sind, wofür wir uns einsetzen.

#### 5.5 Ziviler Ungehorsam

Steht die Tatsache fest, daß das gegenwärtige Regime keine moralische Legitimität hat und in der Tat ein tyrannisches System ist, hat dies gewisse Folgen für die Kirche und ihre Handlungsweisen.

Erstens: Die Kirche darf mit einem System der Gewaltherrschaft nicht kooperieren. Sie darf oder sollte nichts tun, das einem moralisch nicht legitimen Regime den Anschein der Legitimität gibt.

Zweitens: Die Kirche sollte nicht nur für einen Regierungswechsel beten, sondern sollte in jeder Gemeinde ihre Mitglieder mobilisieren, darüber nachzudenken und dafür zu arbeiten und zu planen, wie ein Regierungswechsel in Südafrika zu erreichen ist. Wir müssen vorwärts blicken und uns jetzt mit fester Hoffnung und zuversichtlichem Glauben für eine bessere Zukunft einsetzen.

Und schließlich bedeutet die moralische Unrechtmäßigkeit des Apartheidregimes, daß sich die Kirche zu gewissen Zeiten in Aktionen des zivilen Ungehorsams engagieren muß. Eine Kirche, die ihre Verantwortung in dieser Lage ernst nimmt, wird sich manchmal dem Staat widersetzen und ihm den Gehorsam verweigern müssen, weil sie Gott gehorcht.

#### 5.6 Moralische Wegweisung

Besonders inmitten unserer gegenwärtigen Krise erwarten die Menschen von der Kirche moralische Wegweisung. Um dieser Erwartung gerecht zu werden, muß die Kirche zuerst ihren Standpunkt eindeutig festlegen und niemals müde werden, den Menschen ihren Standpunkt zu erklären und mit ihnen darüber im Dialog zu bleiben. Dann muß sie den Menschen helfen, ihre Rechte und Pflichten zu verstehen. Es darf kein Mißverständnis darüber bestehen, daß es die moralische Pflicht aller Unterdrückten ist, der Unterdrückung Widerstand zu leisten und für Befreiung und Gerechtigkeit zu kämpfen. Ebenso wird die Kirche auch einsehen, daß sie manchmal Exzesse eindämmen und an das Gewissen jener appellieren muß, die gedankenlos und unkontrolliert handeln.

Doch die Kirche Jesu Christi ist nicht dazu gerufen, eine Bastion der Vorsicht und Mäßigung zu sein. Die Kirche muß die Menschen herausfordern, inspirieren und motivieren. Sie hat eine Botschaft vom Kreuz, die uns dazu inspiriert, für Gerechtigkeit und Befreiung Opfer zu bringen. Sie hat eine Botschaft der Hoffnung, die uns dazu herausfordert, wach zu werden und mit Hoffnung und Vertrauen zu handeln. Die Kirche muß diese Botschaft nicht nur in Worten, Predigten und Erklärungen verkünden, sondern auch durch ihre Aktionen, Programme, Kampagnen und Gottesdienste.

### SCHLUSSFOLGERUNG

Wie wir bereits gesagt haben, ist dieses Dokument nicht endgültig. Es ist unsere Hoffnung, daß es Diskussion, Gespräch, Reflexion und Gebet anregen, aber vor allem zum Handeln führen wird. Wir fordern alle engagierten Christen auf, diese Sache weiter zu verfolgen, mehr nachzudenken, die Themen, die wir hier angesprochen haben, weiterzuentwickeln oder Kritik an ihnen zu üben und mit den Fragen unserer Zeit zur Bibel zurückzukehren, so wie wir es versucht haben.

Obwohl dieses Dokument verschiedene Arten des Engagements andeutet, schreibt es dem einzelnen eine bestimmte Handlungsweise nicht vor. Wir rufen alle, die sich dieser prophetischen Theologie verpflichtet wissen, dazu auf, das Dokument großen und kleinen Gruppen zur Diskussion vorzulegen, um ihrer jeweiligen Situation entsprechend das richtige Vorgehen festzulegen und sich mit anderen Gruppen und Organisationen zusammenzutun.

Die hier vorgestellte Herausforderung zur Erneuerung und zur Tat ist an die Kirche gerichtet. Doch das soll nicht hei-

ben, daß sie nur für die Kirchenführer gedacht ist. Die Herausforderung des Glaubens und des KAIROS unserer Zeit ist an alle gerichtet, die sich Christen nennen. Keiner von uns darf es sich bequem machen und darauf warten, was unsere Kirchenführer oder sonst jemand uns zu tun heißen. Wir alle müssen Verantwortung zum Handeln und zur Verwirklichung unseres christlichen Glaubens in dieser Lage übernehmen. Wir bitten darum, daß Gott uns allen helfen möge, die Herausforderung unserer Zeit in die Tat umzusetzen.

Wir als Theologen (Laien- und Berufstheologen) fühlten uns durch unser eigenes Nachdenken äußerst herausgefordert, durch den gegenseitigen Gedankenaustausch und unsere Entdeckungen, die wir beim Treffen in kleineren und größeren Kreisen bei der Vorbereitung und Arbeit an diesem Dokument gemacht haben. Wir sind überzeugt, daß diese Herausforderung von Gott kommt und an uns alle gerichtet ist. Wir betrachten diese Krise des KAIROS in der Tat als Heimsuchung Gottes.

Zum Schluß möchten wir unsere Brüder und Schwestern in der ganzen Welt bitten, uns in dieser Angelegenheit ihre notwendige Unterstützung zu geben, damit dem täglichen Verlust so vieler junger Menschenleben ein schnelles Ende gesetzt werden kann.

## Nachwort

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands betrachtet den Kampf gegen die Apartheid und alle anderen Formen des Rassismus seit jeher als eine Grundorientierung ihres politischen Wirkens. Sie sah darin eine der wichtigsten Lehren, die aus der blutigen Herrschaft des deutschen Faschismus mit seinem menschenverachtenden Rassismus zu ziehen waren. Deshalb hat die CDU aktiv beigetragen, um durch die Vernichtung des Imperialismus alle politischen, ökonomischen und geistigen Wurzeln des Faschismus und Rassismus zu beseitigen und eine gesellschaftliche Ordnung aufzubauen, die die gleichen Rechte und die gleiche Würde für alle Menschen und Völker aller Rassen und Hautfarben sichert.

Auf einer Tagung, die das Präsidium des Hauptvorstandes der CDU 1971 aus Anlaß des von der UNO proklamierten Internationalen Jahres für Kampffaktionen gegen Rassismus und Rassendiskriminierung durchführte, sagte der Vorsitzende der CDU, Gerald Götting: „Wir christlichen Demokraten sind glücklich, in einem Staat leben und an einer Gesellschaft mitbauen zu können, deren Grundsätze sich in vollem Einklang mit unserer christlichen Überzeugung von der Gleichheit alles dessen befinden, was Menschenantlitz trägt. Unser Ethos verpflichtet uns, für die tatsächliche und umfassende Gleichberechtigung aller Menschen einzutreten, jede Äußerung von Rassenhaß zu verwerfen, den Rassismus zu bekämpfen und für die freie, unabhängige Entwicklung aller Völker auf dem Wege des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts einzustehen.“

Von einer solchen Haltung her begrüßte die CDU seinerzeit auch die Tatsache, daß der Bund der evangelischen Kirchen in der DDR das Antirassismus-Programm des Weltrates der Kirchen von Anfang an konkret unterstützt. „Wir freuen uns darüber“, heißt es in einer Stellungnahme des Präsidiums des CDU-Hauptvorstandes vom 8. 6. 1971, „daß die Antirassismus-Beschlüsse des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und einer Reihe von evangelischen Freikirchen deren Solidarität mit nationalen Befreiungsbewegungen zum Ausdruck bringen und die Kirchen über die Bereitschaft zu humanitärer Hilfe hinaus zu einem wachsenden antiimperialistischen Engagement führen.“

Ihre Grundhaltung in dieser Frage hat die CDU 1977 auf ihrem 14. Parteitag bekräftigt. In der programmatischen EntschlieÙung dieses Parteitages wird festgestellt: „Das politische Wirken der CDU ist auf Solidarität mit allen Menschen und Völkern gerichtet, die von Faschismus und Rassismus unter-

jocht werden, die für ihre nationale und soziale Befreiung, für ihr Selbstbestimmungsrecht und die politische und ökonomische Unabhängigkeit ihrer Staaten kämpfen und die unter den Folgen der imperialistischen Krise leiden. Solidarisches Handeln im Geiste des christlichen Gebotes zur Hilfe für Bedrängte heißt für die CDU, über das Lindern von Not und Elend hinaus jene Völker auch dabei zu unterstützen, Erbe und Einfluß des Imperialismus zu überwinden, die Menschenrechte zu verwirklichen und durch revolutionäre Umgestaltung die gesellschaftlichen Voraussetzungen zu freier Entwicklung zu schaffen.“

Ganz in diesem Sinne tritt die CDU auch heute dafür ein, daß das Apartheid-Regime in Südafrika beseitigt und allen Menschen dort die Möglichkeit eröffnet wird, ihr Recht auf Leben und Selbstbestimmung wahrzunehmen. Diese solidarische Verbundenheit mit der Anti-Apartheid-Bewegung im Süden Afrikas ist der Grund dafür, daß die CDU hier mit vollem Text jenes KAIROS-Dokument veröffentlicht, das gesellschaftliche Analyse, theologischer Kommentar und Kampfschrift zugleich ist.

Dieses Dokument ist hervorgegangen aus Erfahrungen des Leidens von Christen und ihres Kampfes um Freiheit und Menschenwürde. Man wird heute schon sagen können, daß ihm in der Kirchengeschichte einmal ein Rang zukommen wird wie der Theologischen Erklärung von Barmen (1934) oder dem Darmstädter Wort des Bruderrates der Bekennenden Kirche zum politischen Weg unseres Volkes (1947).

Es ist kein Zufall, daß wenige europäische Theologen in Südafrika so bekannt sind wie Dietrich Bonhoeffer. Viele seiner Erkenntnisse greift dieses Dokument hier auf. Bonhoeffer erklärte, daß Christen angesichts einer bestimmten gesellschaftlichen Herausforderung nicht beliebig viele Meinungen äußern dürften, sondern eine konkrete verbindliche Antwort formulieren müßten, wenn sie diese Herausforderung wirklich im Lichte des Wortes Gottes beurteilten. Die Kirche dürfe keine „allgemeinen“ Prinzipien verkünden, die „immer wahr“ sind, sondern müsse das konkrete Gebot Gottes für und in eine bestimmte Situation hineinsprechen. Daran lasse sich ihre geistliche Vollmacht ablesen.

In der KAIROS-Erklärung wird für Christen in Südafrika ein solches konkretes Gebot formuliert. Es fordert die aktive Teilnahme am Kampf zur Beseitigung des unterdrückerischen Apartheid-Regimes.

1. Die KAIROS-Erklärung sieht zwischen dem Glauben und dem politischen Handeln des Christen keinen Widerspruch. Beides gehört zusammen. Dabei zeigt sie, daß christliches

Handeln notwendig parteiliches Handeln ist, weil es keine Neutralität geben kann zwischen Unrecht und Gerechtigkeit, zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, zwischen Krieg und Frieden. Diese Parteilichkeit ist kein Dogma; sie ergibt sich aus der genauen Analyse der Situation.

2. Das KAIROS-Dokument ist ein eindrucksvolles Beispiel prophetischen Redens in unserer Zeit. Die Gabe der Prophezie, der Beurteilung der Zeichen der Zeit, war der christlichen Gemeinde durch das Pfingstereignis geschenkt (Apg. 2, 15 bis 18), sie wurde in der Urgemeinde praktiziert (1. Kor. 14), aber — wie Philip Potter nachgewiesen hat — im konstantinischen Zeitalter beinahe vollständig unterdrückt. Heute gewinnt sie wieder Leben. In ihr geht es auch um die Auseinandersetzung mit überkommenen und gegenwärtigen Fehlhaltungen der Kirche. Daß Apartheid christlich begründet wird, kann man wohl kaum anders als mit dem biblischen Begriff der „Verstockung“ bezeichnen. Prägnant beschreibt das Dokument die Funktion des Antikommunismus in diesem Zusammenhang.

3. Die KAIROS-Erklärung ist ein ökumenisches Dokument. Die 151 Erstunterzeichner kommen aus allen Kirchen in Südafrika: aus der lutherischen und der anglikanischen, aus der römisch-katholischen und der methodistischen, aus der holländisch-reformierten und der kongregationalistischen, aus der Brüdergemeinde und der äthiopisch-orthodoxen Kirche. In einer Situation existentiellen Bekennens und Kämpfens werden professionelle Grenzen unwichtig. Die Unterzeichner, in ihrer großen Mehrheit Theologen, sind eine Gemeinschaft von Schwarzen, Weißen und sog. „Farbigen“. Auch damit demonstrieren sie die Unsinnigkeit des Rassismus.

Ökumenisch ist das Dokument auch insofern, als es Fragen aufwirft und beantwortet, die überall in der weltumspannenden ökumenischen Arbeit aktuell sind — besonders hinsichtlich der politischen Verantwortung von Christen. Auch wenn Christen in der DDR in einer gesellschaftlich ganz anderen Situation leben und wirken, werden sie doch in manchen Aussagen Denkanstöße finden. Insbesondere für die aus unserer Situation dringendste Aufgabe, die Bewahrung des Friedens, der, wie die Synode des Kirchenbundes wiederholt erklärte, alle anderen Fragen unterzuordnen seien, gilt es zu lernen: die Klarheit der gesellschaftlichen Analyse, die Einordnung in den politischen Kampf, die Parteilichkeit der Aktion, die Zukunftsgewißheit dessen, was Gott seiner Welt verheißt hat: Frieden und Gerechtigkeit.

Carl Ordnung

**In der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ erschienen zuletzt:**

- 218 Helmut Lück, Vancouver 1983 – Zum Ertrag der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen
- 219 Wolfgang Hanke, Kirchenmusik in der DDR – Eine erste Bestandsaufnahme
- 220 Wolfgang Heyl, Erhalten und gestalten – Zu einigen gesellschaftlichen Aspekten der Landeskultur
- 221 Gerald Götting, Martin Niemöller – Kämpfer gegen den Faschismus, Kämpfer für den Frieden
- 222 Hertha Jung, Familie im Sozialismus – Gesellschaftliche Geborgenheit und eigenverantwortliche Gestaltung
- 223 Ilse Bertinetti, Bekenntnis und Entscheidung – 50 Jahre Theologische Erklärung von Barmen
- 224 Günter Wirth, Nachfolge und Engagement – Zum 110. Geburtstag von Emil Fuchs
- 225 Gerald Götting, Christen im sozialistischen deutschen Staat – Bilanz und Ausblick zum 35. Gründungstag der DDR
- 226 Gerald Götting, 40 Jahre CDU – Geschehnisse und Erkenntnisse aus vier Jahrzehnten Parteigeschichte
- 227 Wolfgang Heyl, Für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – Zehn Jahre Schlußakte der Konferenz von Helsinki
- 228 Burkhard Schneeweiß, Gesunde Kinder – Glück der Eltern und Ziel unserer Gesellschaft. Die gesundheitliche Fürsorge um die heranwachsende Generation
- 229/ 230 Gerhard Fischer, Die Hugenotten in Berlin – Zum 300. Jahrestag des Edikts von Potsdam und zum 750jährigen Bestehen Berlins
- 231 Gerald Götting, 40 Jahre Vereinte Nationen – Bilanz und Ausblick
- 232 Wolfgang Heyl, CDU im Bündnis – Zu einigen Aspekten des Wachstums und der Bedeutung der Bündnispolitik

---

**Vertrieb an den Buchhandel durch Union Verlag (VOB) Berlin**

---